

„Kanonen statt Butter“? Öffentliche Haushalte und die neue Aufrüstung

Jens van Scherpenberg

Die Ankündigung des Bundeskanzlers, mit der „Zeitenwende“ von bislang niedrigen Militärbudgets hin zu einer neuen massiven Aufrüstung nicht nur ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro (in Gestalt zusätzlicher Bundesschulden) für die beschleunigte Verstärkung der Bundeswehr bereitzustellen, sondern auch den jährlichen Verteidigungshaushalt auf „mindestens 2 Prozent des BIP“ zu erhöhen – das heißt in absoluten Zahlen nahezu zu verdoppeln –, hat für die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik völlig neue Rahmenbedingungen geschaffen. Und das in einer Situation, da die Staatsverschuldung durch die Bewältigung der Coronakrise ohnehin bereits enorm ausgeweitet wurde und die damit einhergehende Aufblähung der Geldmenge zu seit langem nicht mehr gewohnten hohen Preissteigerungsraten geführt hat. Aber damit steht Deutschland nicht allein. Die selbstgewollte Notwendigkeit, durch massive Aufrüstung das eigene Gewicht in EU und NATO zu erhalten, ja zu steigern, führt zu einem Wettrennen der großen europäischen Mächte, bei dem sich Polen besonders hervortut. So kommen im Zielkonflikt zwischen den finanziel-

len Anforderungen der Aufrüstung und der Notwendigkeit, die Haushaltsdefizite abzubauen, auf die Bevölkerung mehrerer europäischer Staaten unweigerlich schmerzhaft Konsequenzen zu.

Die Ausgangslage: Deutschland fällt wirtschaftlich zurück

Als die Bundeskanzlerin Angela Merkel während der internationalen Finanzkrise von 2008/9 zuversichtlich ankündigte, Deutschland werde aus dieser Krise gestärkt hervorgehen, mochte ihr das zunächst kaum jemand glauben. Aber die folgenden Jahre, als die Bundesrepublik während und nach der Euro-Staatsschuldenkrise sowohl wirtschaftlich wie politisch zur unbestrittenen Führungsnation Europas wurde, bestätigten diese kühne Ankündigung. Die wachsende Nachfrage aufstrebender Industrienationen wie der VR China nach Industriegütern konnte von der deutschen Industrie vorrangig bedient werden, nicht zuletzt, weil ihr billige Energieimporte aus Russland und stagnierende Löhne zu überlegen hoher Wettbe-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für
Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München